

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 263

Montag den 11. November 1918 abends

84. Jahrgang

Der Waffenstillstand ist in Kraft getreten.

Weißfrant,

Zentner 9 M., ist eingetroffen. Ausgabe Dienstag den 12./11. im Brauereikeller.
Bezahlung vorher im Rathaus Zimmer 9.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Gelbe Möhren

werden Dienstag den 12. ds. Mts. vormittags von 9—12 und nachmittags von

2—4 Uhr im Brauereikeller ausgegeben.

Bezahlung vorher im Rathaus Zimmer Nr. 9.
Stadtrat Dippoldiswalde.

Die für Donnerstag den 14. ds. Mts. einberufene

Diözesanversammlung

findet nicht statt.

Die Superintendentur.
Michael.

Großes Hauptquartier, 9. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der auf dem Westufer der Schelde gelegene Teil von Tournai wurde von uns geräumt und vom Engländer besetzt. Zwischen der Schelde und Duse und westlich der Maas haben wir unsere Linien plangemäß zurückverlegt. An einzelnen Stellen haben sich hierbei Nachkämpfe entwickelt.

Der Feind hat in diesem Abschnitt die Linie Peruwelz—westlich von Guislain—westlich von Maubeuge—dillisch und südlich von Avesnes erreicht und ist westlich der Maas bis in die Linie Mart—Wardy und an der Maas westlich von Sedan gefolgt. Auf den dillischen Maashöhen fanden Teilangriffe statt.

Der Erste General-Quartiermeister Groener.

Großes Hauptquartier, 10. November 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen der Schelde und der Maas ist der Feind gestern unseren Bewegungen über Bonsee—Leuze—St. Chislain—Maubeuge—Trelon und über die Sarbonne westlich von Chalenil gefolgt. Auf den dillischen Maashöhen und in der Ebene von Woivre wurden mehrfache Vorstöße der Amerikaner abgewiesen.

Der Erste General-Quartiermeister Groener.

Der Kaiser hat dem Throne entsagt.

Berlin, 9. November. (Amlich.) Der Kaiser und Königin hat sich entschlossen, dem Throne zu entsagen. Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung des Kaisers dem Thronverzicht des Kronprinzen des Deutschen Reichs und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, der Regentschaft die Ernennung des Abgeordneten Eberth zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfes wegen der sofortigen Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volkes einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in das Reich wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, 9. November 1918. Der Reichskanzler.
Max. Prinz von Baden.

Die neue Regierung.

Berlin, 9. November 1918. Meldung des Arbeiter- und Soldatenrates. Eberth ist mit der Bildung der Reichsregierung beauftragt.

Berlin, 9. November 1918. Der neue Reichskanzler erläßt folgende Rundgebung: An die deutschen Bürger! Mitbürger, der bisherige Reichskanzler Prinz Max von Baden hat mir unter Zustimmung sämtlicher Staatssekretäre die Beforgung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Vorfälle in Kürze berichten. Die neue Regierung wird eine Volkregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es erlangen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Unterstützung bei der schweren Arbeit, die unsrer Part. Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht. Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören. Es muß die erste Pflicht aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu stören, sondern zu fördern. Nahrungsmittelnot bedingt Plünderung und Raub mit Eend für alle. Die Kernsten würden am

schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten betroffen werden. Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für die Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, verflucht sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend, verlaßt die Straße, sorgt für Ruhe und Ordnung.
Berlin, 9. November 1918. Der Reichskanzler.
Eberth.

Zum Waffenstillstand.

Berlin, 10. November. Auszug aus den Waffenstillstandsbedingungen:

1. Intrastraten 6 Stunden nach Unterzeichnung.
2. Sofortige Räumung von Belgien, Frankreich und Elzoh-Vorbringen binnen 14 Tagen; was an Truppen nach dieser Zeit übrig bleibt, wird interniert oder gefangen.
3. Abgegeben sind 5000 Kanonen (zumeist schwere), 30 000 Maschinengewehre, 3000 Minenwerfer.
4. Räumung des linken Rheinufer; Mainz, Koblenz und Aöln werden vom Feinde besetzt; auf Radius von 30 Kilometer Tiefe.
5. Auf rechtem Rheinufer 30 bis 40 Kilometer Tiefe neutrale Zone; Räumung in 11 Tagen.
6. Auf dem linken Rheinufergebiet ist nichts hinwegzuführen, insbesondere sind Eisenbahnen intakt zu belassen.
7. Es sind 5000 Lokomotiven, 150 000 Waggons, 10 000 Kraftwagen abzugeben.
8. Unterhaltung der feindlichen Besatzungstruppen durch Deutschland.
9. Im Osten sind alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen; Termin hierfür nicht angegeben.
10. Verzicht auf die Verträge von Brest-Litowsk und Bukarest.
11. Bedingungslose Kapitulation von Deutsch-Ostafrika.
12. Rückgabe des Bestandes der belgischen Bank und des russischen und rumänischen Goldes.
13. Rückgabe der Kriegsgefangenen ohne Gegenleistung.
14. Abgabe von 100 U-Booten, 8 kleinen Kreuzern und 6 großen Schlachtschiffen. Die übrigen Schiffe werden entwaffnet und überwacht von den Alliierten in neutralen oder alliierten Häfen.
15. Sicherung der freien Durchfahrt durch das Kattegat, Begräumung der Minenfelder, Beseitigung aller Forts und Batterien, von denen aus die Durchfahrt gehindert werden könnte.
16. Die Blockade bleibt bestehen. Deutsche Schiffe dürfen weiter gelapert werden.
17. Alle von Deutschland für Neutrals verhängte Beschränkungen der Schifffahrt werden aufgehoben.
18. Der Waffenstillstand dauert 30 Tage.

Die deutsche Antwort.

Berlin, 10. November. Amlich. Heute morgen fand eine Besprechung der Staatssekretäre statt. Nach Bekanntgabe der Bedingungen des Waffenstillstandes wurden diese angenommen. Entsprechende Weisungen sind an die Friedensdelegation gegeben worden. Heute nacht ist folgende Note an Staatssekretär Lansing nach Washington gesandt worden: Herr Staatssekretär! Ueberzeugt von der Gemeinsamkeit der demokratischen Ziele und Ideale hat sich die deutsche Regierung an den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, den Frieden wieder herzustellen. Dieser Frieden sollte den Grundätzen entsprechen, zu denen Präsident Wilson sich bekannt hat. Er sollte eine große Lösung aller Streitigen Fragen, eine dauernde Veröhnung der Völker zum Zwecke haben. Der Präsident hat ferner erklärt, daß er nicht mit dem deutschen

Volke Krieg führe und es in seiner friedlichen Entwicklung nicht behindern wolle. Die deutsche Regierung hat die Bedingungen für den Waffenstillstand erhalten. Nach einer Blockade von 50 Monaten würden diese Bedingungen, insbesondere die Abgabe der Verkehrsmittel und die Ernährung der Besatzungstruppen bei gleichzeitiger Fortsetzung der Blockade, die Ernährungsfrage Deutschlands zu einer verzweifelten gestalten und den Hungerloos von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuten. Wir mußten die Bedingungen annehmen. Wir machen aber den Präsidenten festerlich und ernstlich darauf aufmerksam, daß die Durchführung dieser Bedingungen im deutschen Volke das Gegenteil der Stimmung ergäben müßte, die eine Voraussetzung für den Neuaufbau der Völkergemeinschaft bildet und einen dauerhaften Rechtsfrieden garantiert. Das deutsche Volk wendet sich daher in letzter Stunde nochmals an den Präsidenten mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen bei den alliierten Mächten hinzuwirken.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.
Solf.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Es gibt kein Wort, in haltreich genug, um die Größe, die Tiefe, die Bedeutung der Veränderungen, der Umwälzungen zu bezeichnen, die in wenigen Tagen, ja Stunden in unserem engeren und weiteren Vaterlande vor sich gehen. Der arme Kopf ist kaum imstande, den Inhalt der sich geradezu jagenden neuen Meldungen zu verarbeiten. Und manchmal erscheint es uns, als könne alles nur Traum sein. Und doch ist Wirklichkeit. Beunruhigend auf die Gemüter wirkt der Umstand, daß die Ereignisse sich in verhältnismäßiger Ordnung und, was die Hauptsache ist, fast ohne Blutvergießen abspielen. Bewahre jedermann weiter die Ruhe. Selbst die Maximilian brauchen wir gestern nicht zu entbehren. Da wirkten wie ein Donner Schlag die Waffenstillstandsbedingungen, die wir gestern nachmittags veröffentlichen konnten. So brutal hatte man sie doch nicht erwartet. Und zu Wilsons Neben vom Rechtsfrieden, der keinen Stachel hinterläßt, passen sie wie die Faust aufs Auge. Aber auch hier hat es keinen Zweck, sich zu streiten, wie dies und das anders hätte gemacht werden müssen, um solches zu verhüten. Wie die Dinge liegen, muß die Entscheidung, wie sich Deutschland dazu stellt, denen überlassen werden, die heute die Verantwortung tragen, wenn nicht politische Ereignisse bei unseren Gegnern alles unnötig machen. Das Nachschießende für uns ist gegenwärtig die Ernährungsfrage. Es da nicht zum Äußersten kommen zu lassen, muß unsre Hauptaufgabe sein. Und abzuwehren, wo nur irgend möglich, ist heiligste Pflicht derer, die dazu in der Lage sind. — Gestern wurde folgendes Flugblatt verbreitet: An das sächsische Volk! Der König ist seines Thrones entsagt. Die Dynastie Wettin hat aufgehört zu existieren. Die Erste Kammer ist aufgelöst. Auch die Zweite Kammer besteht nicht mehr. Die Staatsministerien, die im Einverständnis mit dem Vereinigten revolutionären Arbeiter- und Soldatenrat die Geschäfte provisorisch weiterführen, haben sofort Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen auszusprechen. Es lebe die soziale Republik Sachsen! Der vereinigte revolutionäre Arbeiter- und Soldatenrat Groß-Dresden.

Bei der am Sonnabend veranstalteten „Probe“ erschienen in der Schule von den 343 Schülern 175, von den 368 Schulkinder 248, im ganzen also von den 711 Schülern 423. Auf Anordnung des Rgl. Belegsartzes fällt deshalb der Unterricht, wie wir bereits in einem Teile der letzten Nummer mitteilen konnten, noch bis zum 16. d. M. aus.

Der für heute Montag abend angeordnete Vortrag

Inserate werden mit 20 Pf., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf., die Spaltzelle oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigespaltene Seite 65 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingeladene, in redaktionellen Teile, die Spaltzelle 50 Pf.

„Das neue Deutschland“ fällt unter den veränderten politischen Verhältnissen aus.

Die für Donnerstag angelegte Diözesanversammlung findet nicht statt.

Bolsbibliothek. Die Bücherausgabe usw. erfolgt morgen Dienstag abend.

Heute Montag nachmittag 4 Uhr findet in der „Reichshalle“ eine Versammlung mit Herrn Rahmann als Sprecher statt.

Das Kriegsministerium hat an die zuständigen Stellen Anweisung dahin erlassen, zur Sicherung und Beschleunigung der Kartoffelzufuhren allen an sie heran tretenden Anträgen auf Bestellung von Mannschaften, sonstigen Hilfskräften, Gaspannen und Lastkraftwagen sowie und so rasch als irgend möglich zu entsprechen. Da die Kartoffelenteignung in vollem Gange ist, darf erwartet werden, daß sich die Kartoffelzufuhren wesentlich bessern werden.

Einen umfangreichen Bericht über das am Sonntag stattgefundene 50-jährige Stiftungsfest des hiesigen Stenographenvereins „Gabelberger“ können wir erst in nächster Nummer bringen.

Reichenau. Unsere seit Wochen unbesetzte Lehrstelle ist neu besetzt worden. Lehrer Weber, bisher in Fürstentum bei Bauenstein tätig, ist hierher versetzt worden. Hoffentlich hört für unsere Gemeinde nun der Wechsel einmal auf. Notwendig wäre es für unsere Schulfugend.

Raffau. Bei der Hausammlung des hiesigen Jungfrauenvereins für das Rote Kreuz wurden 204 Mark gesammelt.

Fürstentum. Die im hiesigen Orte von Schulkindern vorgenommene Sammlung zur Kriegsfürsorge am 1. beziehungsweise 2. November ergab den schönen Betrag von 59,70 M.

Altenberg. Infolge der weiteren Ausbreitung der Grippe ist auf Anordnung der Kgl. Bezirksschulinspektion die hiesige Volksschule bis zum 16. November geschlossen worden.

Geising. Die durch Schulkinder ausgeführte Hausammlung für die Zwecke des Roten Kreuzes hat hier den Betrag von 250 M. ergeben.

Bauenstein. Bei der Sammlung für das Rote Kreuz, die am letzten Sonnabend von Schulkindern ausgeführt wurde, kam der nennenswerte Betrag von 206,63 Mark zusammen.

Bärenstein. Bälgetreter Geißler hier erhielt beim Uebertritt in den Ruhestand die Friedrich-August-Medaille in Bronze versehen.

Glashütte. Zu der am Mittwoch abgeschlossenen 9. deutschen Kriegsanleihe wurde bei der hiesigen Stadtparkasse insgesamt die Summe von 1 Million Mark gezahlt.

Eintriedorf bei Glashütte. Die zum Besten des Roten Kreuzes hier veranstaltete Sammlung hat den Betrag von 98 M. 40 Pf. ergeben.

Dresden, 9. November. Als provisorischer Arbeiterrat haben sich neu konstituiert: Gradnauer, Bud, Sindermann, Fräßdorf, Heldt, Rahmann, Reuring, Schwarz, Größel, als Arbeiter- und Soldatenrat Sindermann, Uhlis, Eggert, Rahmann, Kühn, Schwarz, Reuring, Kirchhoff, Wehleng, Weinreich, Hertwig, Wirth, Jungnickel, Nischke, Hahnwald und Hahn. Die Bestätigung erfolgt heute abend in der Soldaten- und Arbeiterversammlung vor dem Kgl. Opernhaus.

Dresden, 10. November. Während der Versammlung im Circus sind die beiden Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates und des Vereinigten Revolutionären Arbeiter- und Soldatenrates Schwarz und Rähle beim Minister des Innern Dr. Koch erschienen und haben ihm erklärt, daß die bisherigen Minister ihres Amtes entbieten seien. Sie haben aber Dr. Koch gedeten, im Hinblick auf die Notwendigkeit der Weiterführung der Staatsmaschine, namentlich bezüglich der Kohlen-, Nahrungsmittelversorgung usw. sein Amt vorläufig weiterzubehalten. Das hat Dr. Koch mit Hinweis darauf abgelehnt, daß das gesamte Ministerium einen einheitlichen politischen Auftrag habe und daß er sich infolgedessen mit den anderen Ministern solidarisch erklären müsse. Dr. Koch hat sich aber bereit erklärt, die Beamten aufzufordern, unter Aufsicht des Arbeiter- und Soldatenrates die Geschäfte in der bisherigen Weise weiterzuführen. Voraussetzung ist dabei natürlich, daß die Beamten nicht politisch in eine Zwangslage gebracht werden.

Die Sitzung der Zweiten Kammer für Montag ist abgelehnt, die spätere Einberufung bleibt vorbehalten.

Dresden. Mit der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für unsere heimkehrenden Krieger haben sich die städtischen Kollegien in der letzten Zeit mehrfach beschäftigt. So bewilligte der Rat in seiner letzten Sitzung unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Bläher zur Weiterführung der Arbeiten an den beiden Platinen zwischen Mitten und Nadebnul weitere 856 000 Mark für die städtische und 1 750 000 Mark für die nördliche Platinne aus der Anleihe. Ferner sollen die von den städtischen Körperschaften am 20. März und am 3. Mai 1917 unter Vorbehalt des Zeitpunktes der Ausführung beschlossenen Kanalbauten in Mittelsachsen nunmehr in Angriff genommen werden, sobald sich das Bedürfnis nach Arbeitsgelegenheit ergibt.

Der Felsenkeller zahlt wahrscheinlich 125 Mark Dividende pro Aktie (100 Mark l. B.) und 50 Mark pro Genuschein.

Zittau. In der Nacht zum Mittwoch schied die Wittin des erst dieser Tage verstorbenen Bürgerkassendirektors

und Stadtpfarrherrn Bruno Kraße freiwillig aus dem Leben, indem sie in der Küche den Gashebel aufdrehte und das Gas einatmete. Sie wurde früh tot aufgefunden. Aus hinterlassenen Briefen geht hervor, daß sie sich über den Tod ihres Mannes nicht hat hinwegsetzen können.

Baugen. Auf einen alten Trick hereingefallen ist die Familie eines Geschäftsinhabers in der Gerberstraße, wo ein wohlbeleibter Reisender, angeblich aus Dresden, austrat, der vorgab, für eine bestimmte Firma zu reisen und dabei durchblicken ließ, daß er unter Umständen in der Lage sei, Rauchwaren zu vermitteln. Der sonst Unbekannte erhielt sofort 774 M. ausgehändigt, um die begehrten Waren zu vermitteln, verschwand aber damit auf Rimmerwiedersehen. Die von ihm gemachten Angaben erwiesen sich als falsch.

Löhau. Von ungenannter Seite sind der Stadt 100 000 M. gestiftet worden, deren Zinsen zunächst zur Hälfte bedürftigen Kriegerfamilien und dem Hundsbildverein zugute kommen sollen. Wenn die Summe 300 000 Mark erreicht hat, sollen die Zinsen zu Volksbildungszwecken in Löhau verwendet werden.

Beste Nachrichten

Der Zerfall Oesterreich-Ungarns.

Ein tschechischer Vorstoß nach Ungarn.

Der „S. J.“ zufolge sind tschechische Truppen in Ober-Ungarn eingerückt und haben die Verwaltung der Behörden übernommen.

Sperrung der Grenze zwischen Deutschland und Deutsch-Oesterreich.

Wien, 9. November. Von deutschösterreichischen Staatsamt für Heereswesen ergoht folgende Rundmachung: Sämt vom Kaiserlich Deutschen Generalkonsulat eingelagerter Verfrachtung ist ab heute die Grenze zwischen Deutsch-Oesterreich und dem Deutschen Reich für den Reiseverkehr ausnahmslos gesperrt.

Clemenceaus schwerer Frieden.

Ministerpräsident Clemenceau kam in den Senat, als dessen Sitzung soeben geschlossen wurde. Er wurde aufs wärmste begrüßt und erwiderte mit der dringenden Aufforderung an alle Franzosen, einig zu bleiben; denn es sei schwerer, zum Frieden zu kommen, als den Krieg zu gewinnen.

Der Großherzog von Oldenburg abgesetzt.

Hamburg, 11. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat meldet folgenden Funkpruch aus Wilhelmshaven: Der Großherzog von Oldenburg ist abgesetzt worden.

Der Kaiser in Holland.

Berlin. Der Kaiser ist in Holland angekommen.

Der Verband besetzt österreichische Bahnen.

Genf, 9. November. Der „Temps“ meldet, daß der Verband infolge der Besetzung der Norditalien Bahn durch die Bayern den Befehl zur Besetzung der übrigen strategisch wichtigen Bahnlinien Oesterreichs erteilt hat.

Die Auflösung

an den feindlichen Fronten?

Hamburg, 9. November. Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet aus Berlin: Ob die Erklärung für das Ausbleiben des deutschen Kuriers, der die Waffenstillstandsbedingungen überbringen soll, ausreicht, ist fraglich. Herr v. Hinge hat aus dem Hauptquartier mitgeteilt, daß hinter der französischen Front die Zustände ungefähr genau so sein sollen, wie in Deutschland. Es scheint auch, daß die Soldaten der Front selbst bereits auf beiden Seiten die Herstellung der Waffenruhe in die eigene Hand genommen haben. Bestätigt es sich aber, daß auch in der französischen Armee die Macht bereits in die Hände der Soldatenräte übergegangen ist, so würden die Waffenstillstandsbedingungen Clemenceaus und Fochs wahrscheinlich überhaupt nicht mehr überreicht werden. Der Waffenstillstand würde ganz von selbst eintreten, ohne Vertrag. Ob auch in der englischen Flotte die Mannschaften bereits die Macht an sich genommen haben, wie von einzelnen behauptet wird, läßt sich nicht nachprüfen. Daß die Soldaten der italienischen Armee aus eigenem Entschluß nach Hause gehen und sich der Hand ihrer Führer entziehen, scheint Tatsache zu sein.

Haltlose Gerüchte.

Berlin, 9. November. Die Gerüchte, daß deutsche Seestreitkräfte sich der englischen oder französischen Flotte angeschlossen hätten, entbehren jeder Begründung.

Das gleiche Wahlrecht für Männer und Frauen in allen Bundesstaaten!

Die Mehrheitsparteien des Reichstages haben sich, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, geeinigt, in der nächsten Reichstagsitzung folgenden Initiativantrag einzubringen: „Die Wahlen zum Reichstag und zu den Volksvertretungen aller Bundesstaaten (sind nach dem geheimen, gleichen und unmittelbaren Wahlrecht nach den Grundsätzen der Verhältniswahl) statt. Unberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechts, wer das 24. Lebensjahr vollendet hat. Die Zugehörigkeit zur Volksvertretung geht nicht dadurch verloren, daß der Abgeordnete ein Amt annimmt oder in ein anderes Amt eintritt.“

Kein Friede

mit einem bolschewistischen Deutschland.

Berlin, 11. November. Der deutsche Gesandte in Prag und in Brüssel berichtet, daß nach ganz zuverlässigen Berichten aus Verhandlungskreisen der Verband mit einem bolschewistischen Deutschland keinen Frieden schließen werde, weil

er in einem solchen Staate keine Regierungsgewalt finden würde, deren Autorität und Dauer genügend verhärtet sein würde. Der Verband würde sich berufen fühlen, in diesem Falle in Deutschland einzumarschieren und Ordnung zu schaffen.

Verbrüderungszenen an der Westfront.

Leipzig, 10. November. Von einem gestern abend aus dem Westen eingetroffenen Angehörigen der Armee wird der Leipziger Abendzeitung glaubhaft berichtet, daß es bereits vor seiner Abreise an mehreren Stellen der Westfront zu großen Verbrüderungszenen zwischen deutschen und französischen Truppenteilen kam, bei denen rote Fahnen entrollt und sozialistische Lieder gesungen wurden. Bereits vor vier Tagen sollen, wie dabei die französischen Truppen erzählten, vier französische Divisionen gemeutert haben, jedoch sich doch veranlaßt sah, sie schnelligst hinter die Frontlinie zurückzuziehen. Auch an der deutsch-englischen Front sollen ähnliche Ereignisse eingetreten sein.

Die Flotte der Entente in den Dardanellen.

Haag, 8. November. Reuter meldet, daß die britische Flotte, begleitet von Schiffen der alliierten Mächte, in den Dardanellen eingelaufen ist und vor der Hagia Sofia Anker geworfen hat.

Keine sächsischen Truppen in Böhmen.

Wie von zuständiger Seite erklärt wird, entspricht die Meldung, daß sächsische Truppen in Tetschen und Aussig eingezogen sind, nicht den Tatsachen, ebensowenig die, wonach Eger von sächsischen Truppen besetzt sein soll. Sächsische Truppen haben die böhmische Grenze nicht überschritten.

Warum das nicht früher?

Berlin, 8. November. In Verfolg der gestrigen Erklärung des Kriegsernährungsamtes gibt die Reichsgetreine stelle bekannt, daß am 1. 12. d. J. ab die tägliche Mehrtraktion allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer- und Schwarzarbeitern wird diese Erhöhung auf ihre Zulage angerechnet. Die erhebliche Verbesserung für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Die Erklärung des Generalstreiks

In der sozialdemokratischen Fraktionsitzung am Sonnabend, an der auch die Delegierten der Vertreter der großen Betriebe teilnahmen, herrschte Uebereinstimmung darüber, daß man nicht länger warten könne. Die Arbeiterschaft dränge auf eine Lösung, die gründlich, restlos, ruhig und ohne Blutvergießen erfolgen müsse. Von verschiedenen Seiten wurde der Wunsch nach Verständigung mit den unabhängigen betont; es soll ein gemeinsamer Ausschuss gebildet werden. Die Vertreter der Betriebe teilten mit, daß in einzelnen Betrieben die Arbeit schon niedergelegt sei. Einmütig wurde darauf der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung beschlossen. Ebert, Braun, Wels und Eugen Ernst wurden dazu bestimmt, mit zwölf Vertrauensleuten der Fabriken einen engeren Ausschuss zu bilden, der sich gegebenenfalls mit einem von anderer Seite zu bildenden Arbeiter- und Soldatenrat verständigen sollte.

Unmittelbar danach trat der große Ausschuss der Vertrauensleute der Partei in den Betrieben zusammen und beschloß den allgemeinen Ausstand.

Die sozialdemokratische Partei hat mit den Fabrikvertrauensleuten einen engeren Ausschuss eingesetzt, der mit der Regierung über die Uebernahme der Geschäfte verhandeln soll. Es gehören ihm an: Ebert, Scheidemann, Braun, Wilschlag und Hölzer. Mit den Unabhängigen war eine Verständigung nicht möglich, da sie keinen bestimmten Standpunkt einzunehmen vermochten. Nachdem sich Jägerbataillone schon am Morgen der Bewegung zur Verfügung gestellt hatten, sprach Mittags Reichstagsabgeordneter Wels in der Kaserne der Gardesjäger und des Alexanderregiments. Die Regimenter beschlossen den Uebergang zur Republik, und die verarmte Mannschaft stimmte in ein Hoch ein auf den freien deutschen Volks.

Es ist folgender Aufruf ergangen:

An die Offiziere der Garnison Berlin und seiner Vororte.

Nachdem der Kaiser abgedankt hat, wird kurzzeitig eine neue Regierung gebildet.

Alles kommt darauf an, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten wird.

Es ist vaterländische Pflicht eines jeden deutschen Offiziers, dafür zu sorgen, daß Blutvergießen vermieden wird.

Unsere ganze Kraft gehört jetzt dem deutschen Volke.

Göbze, M. d. R., Leutnant der Landwehr II, Bunde Sturmregiment 19; Collin-Roth, Leutnant d. W., Auslandsabteilung der D.S.R.; Sadekum, Leutnant der Landwehr I, Eisenbahregiment I; Fubrtius; Leutnant d. R., 3. Garderegiment zu Fuß.

Die Proklamierung des Generalstreiks.

Der „Vorwärts“ verbreitet folgendes Extrablatt Generalstreik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Berlin hat den Generalstreik beschlossen. Alle Betriebe stehen still. Die notwendige Versorgung der Bevölkerung wird aufrecht erhalten. Ein großer Teil der Garnison hat sich in geschlossenen Truppenteilen mit Maschinengewehren und Geschützen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Die Bewegung wird gemeinschaftlich geleitet von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Arbeiter, Soldaten, sorgt für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Es lebe die soziale Republik!

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Vor... folgende... Gegen... taifächerf... egrüßt wur... fien, sie... achmannf... u verlassen... waffneten... mer der le... ab. Genoff... mer Juge... pp, 26 Jaa... rbeiter von... iter leicht... rst gebrac... nnte. Wi... asyferung... ährend des... elten. —... emonstrant... lie in de... st Rudolf... iterfchaft... ter eingi... ng ein ek... Unter... Den Ger... etige Tage... Die Jor... mit der... etigen Sch... urde seitens... racht la... chnete Pla... geben b... n Soldaten... t allen M... ng Sorge... men sich... eiter auf... n und T... n. Gleich... hterhalten... rigen ist... hrt geblie... Wehlich... arg vor... In voll... its öffentl... t. U. a... ments un... lle Kamer... ng ermah... nge Bewe... Ein Be... So ist... waltfamen... e große S... erlassen, o... enschaften... reude gar... h, es nich... Die N... a Zielen, k... Umzüge... htet der... Es war... na zwanz... rache mit... en wir un... ug voran... schultern g... og der Un... ffenen Ras... wurden her... und rasch... uch in d... enea sodar... edende Wen... centrale a... inem von... ß dann d... ind der F... Eisner, u... gefunden, u... einen Kai... land!“ Bo... Szenen ab... Am F... Rönig S... Telephonf... Der Um... Das v... datemat u... ben Bericht... Im S... better der... Generalstr... angehängt... tete. So... ten sie vo... zu. Die... Drinnenf... fangs wur... die Kolar... gehendem... meine Be... Arbeiter u... ein und... den Solda... briten ha... Berhätter

3 Todesopfer in Berlin.

Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat verbreitete folgende Mitteilung:

Gegen 12 Uhr kam ein Demonstrationenzug zur Kaserne, der von den Soldaten mit Jubel begrüßt wurde. Sie riefen, man sollte sie herauslassen, sie seien eingesperrt und würden von der Wachmannschaft aus Weiskenssee verhindert, die Kaserne zu verlassen. Mit Hilfe der beim Zuge befindlichen bewaffneten Soldaten erbrach man die Türen. Einer der letzten stelen Schüsse, die ein Offizier abgab. Genosse Erich Haberjath, ein Führer der Berliner Jugendbewegung (Metallarbeiter bei Schwarzp.), 26 Jahre alt, ein Arbeiter der A.G. und ein Arbeiter von Schwarzp. sind tot, ein anderer Arbeiter leicht verwundet. Haberjath wurde zu einem Arzt gebracht, der aber nur noch den Tod feststellen konnte. Wir beklagen in ihm einen der fähigsten und tapfersten unter den jüngeren Genossen, die während des Krieges die Jugendbewegung aufrecht erhielten. — Ein Teil der „Maitäfer“ schloß sich den Demonstranten an, ein anderer Teil, meist verwundet, blieb in der Kaserne, während der Rest mit gefülltem Rucksack „auf Urlaub“ nach Hause fuhr. Die Arbeiterpartei Berlins wird den nach unserer Kenntnis bisher einzigen Todesopfern der heutigen Umwälzung ein ehrendes Andenken bewahren!

Unter der neuen Regierung.

Den Gewaltumsturz in Cuxhaven schildert das tägliche Tagesblatt so:

Die Forderungen der hiesigen Soldaten decken sich mit denen, die die Kieler Garnison und die übrigen Schiffsbesatzungen gestellt hatten. Ihnen wurde seitens des Kommandanten, soweit dies in seiner Macht lag, entsprochen. Vom Soldatenrat unterschrieben Plakate an den Anschlagtafeln in den Straßen geben bekannt, daß die öffentliche Gewalt auf den Soldatenrat übergegangen ist, und daß dieser mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ordnung Sorge tragen wird. Lange Demonstrationenzüge, denen sich im Laufe des Vormittags viele Frauen und Arbeiter angeschlossen, und die teilweise mit roten Fahnen und Tüchern erschienen, durchzogen die Straßen. Gleichzeitig sind starke Patrouillen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ausgesandt worden. Im übrigen ist das geschäftliche Leben ziemlich unbeeinträchtigt geblieben.

Ähnliche Berichte liegen von WTB. aus Kendorf vor. Dort bekundet ein Aufruf:

In vollständiger Ruhe und Ordnung wurden bereits öffentliche Gebäude wie Post und Bahnhof besetzt. U. a. befinden sich auch die sämtlichen Kasernen und Munitionsgelände in unseren Händen. Alle Kameraden werden nochmals zur Ruhe und Ordnung ermahnt, damit nichts Nachteiliges gegen unsere Angelegenheit aufgebracht werden kann.

Ein Bericht aus Bremen lautet:

So ist der erste ereignissschwere Tag der großen waltamen Umwälzung, hinter der für uns alle noch eine große Sorge um den Ausgang des Krieges steht, erlaufen, ohne zu einer wilden Entfesselung der Leidenschaften geführt zu haben. Eine gewisse jubelnde Freude gab sich bei den Soldaten selbst kund darüber, daß es nicht zum geringsten Blutvergießen gekommen ist. Die Bewegung wird nun weiter ihren Lauf nehmen zu Zielen, die noch unklar sind.

Umzüge von Demonstrationen in München berichtet der „Berl. Lokal-Anz.“:

Es war am Donnerstag nachmittag. Ein junger, noch zwanzigjähriger Unteroffizier schloß eine Ansprache mit den Worten: „Auf zu den Kasernen! Hier wir unsere Kameraden!“ Mit einer roten Fahne ging voraus. Es ging dann zur Türkenkaserne, zum Schultern getragen, dem immer mehr anschwellenden Zug der Unteroffiziere, zuweilen von anderen auf den offenen Kasernentor hinein. Die Gewehre der Wachen wurden herausgeholt, mit Gewehrkolben, Steinwürfen und rasch zertrümmerten Sandstreuflüssen die Fenster auch in den oberen Stockwerken eingeworfen, aus denen sodann Reizbomben (Gasbomben) unter die tosende Menge herabgeworfen wurden. Die Telefonzentrale auf der Hauptwache wurde zerstört. Auf einem von Soldaten besetzten großen Militärlastauto fuhr dann der junge Unteroffizier mit der roten Fahne und der Führer der Unabhängigen, Schriftsteller Kurt Eisner, und riefen: „Der Kaiser hat nicht den Mut gefunden, zurückzutreten, wohin er gehört. Es gibt keinen Kaiser, es gibt keinen Fürsten mehr in Deutschland!“ Vor anderen Kasernen spielten sich ähnliche Szenen ab. Gegen Abend wuchs der Aufruhr.

Am Freitag ging in Berlin das Gerücht um, König Ludwig habe abgedankt. Wegen der Telefonstörung war keine Nachprüfung möglich.

Der Aufruf in Berlin im wesentlichen unbedeutend. Das vom sozialdemokratischen Arbeiter- und Soldatenrat unter Borkensur gestellte WTB. gibt folgenden Bericht über die Vorgänge in Berlin:

Am Sonnabend morgen um 9 Uhr traten die Arbeiter der größten industriellen Betriebe in den Generalstreik. In Bienen, denen rote Fahnen vorgelegt wurden und an deren Spitze bewaffnete Soldaten alle Waffengattungen schritten, eilten sie von allen Seiten dem Innern der Stadt zu. Die ersten Rüge kamen von der Alster- und Brunnenstraße nach dem Innern der Stadt. Anführer wurden die Soldaten und Offiziere aufgefordert, die Kolonnen und Abteilungen zu entfernen; in weitgehendem Maße geschah es freiwillig. Eine allgemeine Verbrüderung der Matrosen, Soldaten und Arbeiter vollzog sich. Man drang in die Kasernen ein und fand auch hier begeisterte Aufnahme bei den Soldaten. Die militärischen Besatzungen der Fabriken hatten mit den Arbeitern gemeinsam die Werkstätten verlassen und handelten mit ihnen

Soweit dies jetzt bekannt, kam es nur bei der Befehung der sogenannten „Kasselerkaserne“ zu einem Zusammenstoß zwischen den Waffen und der bewaffneten Macht.

Aber auch hier waren es nur zwei Offiziere, die schossen. Drei Tote und ein Verwundeter sind zu beklagen. Die Inbesitznahme der meisten öffentlichen Gebäude und Anstalten vollzog sich ohne Schwierigkeiten, nachdem klar war, daß das Militär zum Volke übergegangen war.

Der Zug der streikenden Arbeiter der Gesellschaft für drahtlose Telegraphie kam gegen 1/2 Uhr vor dem Reichstage an. Eine Abteilung Jäger besetzte die Freitreppe, vor der die Menge sich sammelte. Abg. Scheidemann hielt eine Ansprache: „Der Kaiser und der Kronprinz haben abgedankt, die Dynastie ist gestürzt. Ein herrlicher Sieg des deutschen Volkes. Ebert ist beauftragt, die neue Regierung zu bilden unter Beteiligung sämtlicher Richtungen der sozialdemokratischen Partei. Verfügungen der Regierung haben nur Gültigkeit mit Eberts Unterschrift. Verfügungen des Kriegsministers nur bei Gegenzeichnung eines sozialdemokratischen Abgeordneten.“

Scheidemann forderte die Menge auf, Ruhe zu wahren und Zwischenfälle zu vermeiden. Von einem Lastkraftwagen sprachen der Abgeordnete Bogtherr und einige Soldaten. Ein Delegierter des Offizierkorps eines Gardebataillons teilte mit, daß die Offiziere auf Seiten des Volkes stehen. Stürmischer Beifall und Jubel begleiteten alle Reden.

Die Frist zur Bildung des Ministeriums ist bis 6 Uhr verlängert.

Thronverzicht des Herzogs Ernst August.

Herzog Ernst August von Braunschweig und Lüneburg hat, wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ erfährt, eine Urkunde unterzeichnet, derzufolge er sich und seine Nachfolger auf den Thron verzichtet. Die Urkunde befindet sich bei dem Braunschweigischen Soldaten- und Arbeiterat.

Ruhe im roten Köln.

Freitag nachmittag ließ der Arbeiter- und Soldatenrat den Leitungen der Kölner Banken und Bankhäuser mitteilen, daß ihre Gebäude besondere Wachposten erhalten würden, damit heute der Bankverkehr für das Publikum ungestört und in ordnungsmäßiger Weise vor sich gehen kann. Der Arbeiter- und Soldatenrat legt den größten Wert darauf, daß keine volkswirtschaftlichen Hemmnisse besonders mit dem Bankverkehr eintreten. Die Stimmung ist ruhig. Autos mit bewaffneten Organen des Arbeiter- und Soldatenrates fahren als Patrouillen gegen Plünderungen durch die Stadt. Ein Aufruf verkündet: „Der Soldatenrat ist gebildet. Wer plündert oder raubt, wird festgenommen und aufs schwerste bestraft.“

Berlin im Zeichen des Arbeiter- und Soldatenrats.

Flugblätter verkündeten um die 9. Stunde den Generalstreik als Beschluß der sozialistischen Mehrheitspartei und der Unabhängigen Sozialisten. Bald darauf zogen Arbeiterzüge mit roten Fahnen und Plakaten „Nicht schießen!“, „Mehr Brot und Frieden!“ dem Zentrum zu. Es verlautet, daß bei den ersten Zusammenstößen Schüsse gefallen seien, jedoch ergab sich bald ein einseitiges sehr bewegtes aber friedliches Straßenbild. Wesentlich trug dazu ein Flugblatt des „Vorwärts“ bei, in dem es heißt: „Es wird nicht geschossen! Der Reichskanzler hat angeordnet, daß seitens des Militärs von der Waffe kein Gebrauch gemacht wird!“ Man sah unzählige Fuhrwerke mit roten Fahnen, die mit Soldaten und Zivilpersonen besetzt waren, die mit Gewehren bewaffnet waren. Ihr Erscheinen wurde immer wieder mit Hochrufen auf die Republik begrüßt.

Im Polizeipräsidium setzte die Schutzmannschaft eindringenden Soldaten keinen Widerstand entgegen, man lieferte ihnen auf Verlangen die Schlüssel zur Befreiung der im Präsidium untergebrachten politischen Gefangenen aus.

Von Autos redeten unterdessen in den Straßen Soldaten zur Menge und ermahnten zur Ruhe, da alle Störungen vermieden werden müßten, um den gesicherten Fortgang der Berliner Lebensmittelversorgung und damit die Verhinderung einer Hungersnot zu erreichen.

Die Menge begnügte sich im weiteren damit, alle Feldgrauen zur Befreiung der Kolonnen an ihren Wägen aufzufordern. Man stieß dabei kaum auf Widerstand.

Auf dem Königsschloß weht die rote Fahne.

Der Arbeiter- und Soldatenrat berichtet weiter: Das Polizeipräsidium sowie das Oberkommando sind in unserer Hand. — Die Befreiung unseres Genossen Dammig (am Tage vorher verhafteter „Vorwärts“-Redakteur) steht bevor.

Karl Liebknecht hat die rote Fahne auf dem Schloß gehißt, auch vom Brandenburger Tor weht die rote Flagge! Großer Jubel der Bevölkerung!

Die Nordflotte in der Hand des Soldatenrats. Nach einem Telegramm an den Bremer Arbeiter- und Soldatenrat ist Helgoland mit der gesamten Nordflotte in der Hand des Soldatenrates.

Das Programm der Regierung Eberts.

wird in einem Aufruf bekanntgegeben. Es ist: Waffenstillstand zu schließen und Friedensverhandlungen zu führen, die Volksernährung zu sichern, den Volksgenossen in Waffen den raschesten, geordneten Weg zu ihrer Familie und zu lohnendem Erwerb zu öffnen.

Der Aufruf trägt folgende Mahnung bei: „Nur durch tadelloses Funktionieren der demokratischen Verwaltung kann schwerstes Unheil vermieden werden. Sei darum jeder seiner Verantwortung am Ganzen bewußt, Menschenleben sind heilig, das Eigentum ist vorwillkürlichen Eingriffen zu schützen.“

Weiter wird verkündet, daß an den Wahlen zu einer konstituierenden Nationalversammlung alle über 20jährigen Staatsbürger beider Geschlechter mit vollkommen gleichen Rechten teilnehmen sollen.

Der Umfang der Revolution.

Arbeiter- und Soldatenräte haben sich in allen wesentlichen Teilen des Reiches gebildet. Die Bewegung ist im Fortschreiten. Stündlich treffen neue Meldungen ein. Aus dem Osten liegen Meldungen vorerst aus den Regierungsbezirken Posen und Bromberg vor. Die Bewegung verläuft in ruhigen Bahnen. Den Eisenbahnbetrieb zu schützen und für die Ernährung sicherzustellen, ist der Arbeiter- und Soldatenrat überall bestrebt; es gelingt ihm auch vollständig. In Darmstadt ist Hessen als deutsche Republik ausgerufen worden, ebenso in Württemberg. Der König von Bayern hat sich nach der Ausrufung der Republik mit seiner erkrankten Gemahlin nach Schloß Wilhelmsruh zurückgezogen.

Zahlreiche Tote bei Straßekämpfen.

Der „Vorwärts“ berichtet: Am Abend gerät plötzlich alles in Bewegung. Erste Nachrichten treffen vom Marstallgebäude ein, wo es zum blutigen Kampfe gekommen ist. Zum Teil sind einige Autos alarmiert und laufen mit den Brüdern in Feldgrau davon, die bereit sind, ihr Leben noch einmal — diesmal selbst gesteckten Freiheitszielen — zu opfern.

Es mochte eben sechs Uhr geschlagen haben, als plötzlich aus dem oberen Stockwerk des Marstallgebäudes auf die friedlich vorüberziehende Menge Schüsse abgegeben wurden. Offiziere und Mannschaften der Jugendwehr — so hieß es — lagen hier im seligen Hinterhalt. Sofort rückten Soldaten und bewaffnete Zivilisten mit Maschinengewehren vor das Gebäude, und nach kurzem, aber schwerem Kampf hatte man sich den Eingang erzwungen, bei dem es leider mehrere Tote auf unserer Seite gab. Vor der Befehung war nichts mehr zu finden, sie hatte sich wahrscheinlich durch einen geheimen Ausgang gesplüht. Auch aus der Kapelle des Schlosses, auf dem die rote Fahne seit mehreren Stunden flatterte, soll geschossen worden sein, doch ließ sich in der Dunkelheit Näheres nicht feststellen.

Noch ernstlicher als am Schloßplatz gestaltete sich der Kampf vor der Universität und der weild. königlichen Bibliothek. Auch aus diesen beiden Gebäuden wurde auf harmlose Passanten plötzlich Schnellfeuer eröffnet. Unsere Truppen rückten mit Maschinengewehren und einem kleinen Geschütz vor, und es entspann sich ein erbittertes Gefecht, das noch in den späten Abendstunden fortdauerte. Auch hier haben wir zahlreiche Tote zu beklagen.

Zwei feindliche Richtungen.

Während die Ebert-Scheidemann-Gruppe mit dem „Vorwärts“ als Parteiblatt ihr Hauptlager im Reichstag aufgeschlagen hat, ist die Haase-Liebknecht-Debour-Gruppe im Zirkus Busch versammelt und sucht die Massen durch zwei neue Blätter zu beeinflussen. Der bisherige Lokalanzeiger erscheint als „Die rote Fahne“, das bisherige Regierungsblatt „Die Nordfl.“ als die „Internationale“.

Es sind Verhandlungen zwischen den Gruppen geführt worden, um sie zur Bildung der Regierung zusammenzubringen, indessen ist das Ziel bis jetzt nicht erreicht worden. Im Gegenteil! Aufseher der Unabhängigen fordern zur Wahl von Delegierten in den Fabriken und Kasernen auf, durch die im Zirkus Busch eine neue Regierung gebildet werden soll.

Die „rote Fahne“ antwortet in ihrer Sonntagnummer auf die Aufforderung des Reichskanzlers Ebert: „Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!“

Wir fordern im Gegenteil dazu auf, nicht die Straßen zu verlassen, sondern bewaffnet zu bleiben und jeden Augenblick auf der Hut zu sein. Die Aufforderung des vom gestürzten Kaiser neugebenedeten Reichskanzlers verfolgt nur den Zweck, die Massen heimzuführen, um die alte „Ordnung“ wieder herzustellen.“

Daß bei solcher Stimmung die beiden Gruppen sich über die Regierungsfrage nicht einigen können, ist begreiflich. Der sozialdemokratische Parteivorstand lehnte die Bedingungen ab, unter denen die Unabhängigen in die Regierung eintreten wollen. Er verweigerte insbesondere den Ausschluß aller bürgerlicher Politiker von der Regierung, weil dadurch die Volksernährung unmöglich gemacht würde, und verlangt ein Zusammenwirken mit den Bürgerlichen bis zur konstituierenden Nationalversammlung, während die Unabhängigen es nur bis zum Waffenstillstand bewilligen wollen.

Der Kriegsminister zur Verfügung der Regierung.

Kriegsminister General Scheff, der durch einen Erlaß des Kaisers nach mit der Stellvertretung des Reichskanzlers in Heeresangelegenheiten betraut wurde, hat sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Hirsch wurde zum Polizeidirektor von Berlin bestimmt.

Polnische Rundschau.

Reichstagsersatzwahl in Neustettin. Bei der Reichstagsersatzwahl in Neustettin wurden gewählt für den bisherigen Reichstagsabgeordneten v. Bonin-Wahrenbusch (konf.) 3600, für den Sozialdemokraten Riedel 1200 Stimmen. Die Wahl v. Bonin ist gesichert.

Agenda: Beschließung der Volksämter.

Der Schweizer Bundesrat hat beschlossen, jeden Bericht mit der Kommissionsmission abzubrechen und diese „einzuhalten“ die Schweiz zu verlassen.

Polen: Eine Regierung neben der anderen!

Die Zustände in Polen erinnern bereits wieder an das althergebrachte Durcheinander. Nach Blättern aus Lublin (an der Adosskante) soll sich dort eine nationale Regierung der Polnischen Republik aus 13 Mitgliedern der Sozialdemokratie und der Polnischen Volkspartei unter Vorsitz des Abgeordneten Dajnski der Polnischen Volkspartei noch von der Entscheidung des Exekutivschusses dieser Partei abhängig.

Der Brenner besetzt.

Der bayerische Kriegsminister teilte im Landtag mit: Bayerische und andere deutsche Truppen sind an der Tauernbahn und am Brenner angelangt und haben unter dem Kommando des Generals Kraft von Delmeningen bereits Zerstörungen an den Bahnanlagen vorgenommen. Im Osten sind ebenfalls Truppenkommandos aufgestellt, doch wird der Einbruch der Tschechen in deutsches Gebiet als unwahrscheinlich angesehen.

Roosevelt droht.

Sein Wahlsieg hat ihn „hart“ gemacht.

Die Republikaner haben bei den Wahlen zum Parlament der Vereinigten Staaten einen Wilson gegenüber erdrückenden Sieg errungen. Gewählt sind 231 Republikaner, 195 Demokraten, ein Sozialist und ein Unabhängiger. Da 435 Sitze im Repräsentantenhaus vorhanden sind, haben die Republikaner bereits die Mehrheit. Die republikanischen Senatskandidaten haben in Colorado, Delaware, Idaho, Illinois, Kansas, Missouri und New Hampshire früher von Demokraten eingenommene Sitze gewonnen.

Der Krieg hat also die Mehrheit der Amerikaner für sich, und der frühere republikanische Präsident droht bereits. Er hat eine Erklärung zu den Wahlen veröffentlicht, in der er sagt, die Republikaner würden Wilson bei seinen Bemühungen, die gesamte Kraft des Landes für den Krieg aufzubieten und einen Frieden zu sichern, der das Ergebnis des Krieges sichern würde, aufrichtig unterstützen. Die republikanischen Ergebnisse würden Deutschland zur Warnung dienen.

Wir unsererseits wissen auch ohne diese Drohgebärde des ehemaligen „Freundes des Kaisers“, daß eine Partei, die Mehrheitspartei der Vereinigten Staaten, die Fortsetzung des Krieges um der Munitionsgewinne willen sehr gern möchte.

Die neue russische Dampfwalze.

Der Bolschewismus.

Größer noch als alle Kriegsgefahren erhebt jetzt ein Gespenst sein Haupt, das man schon längst in der Unterwelt wähnte, das Gespenst der neuen russischen Dampfwalze. Das Rußland des blutigen Schreckens mit all seinen halberbauten Idealen schied heute seine Sendlinge durch Europa. Eine Korruption hat Platz geschaffen, viel schlimmer als je zur Zeit der Zarenherrschaft, und wieder „rollt der Rubel“, aber viel rascher und häufiger als früher.

Das bolschewistische Rußland, das seine Gegner im Innern mit der Schärfe des Schwertes unterdrückte und mehr Todesopfer auf dem Gewissen hat, als der Krieg das verwaarloste Land kostete, sucht die Anordnung, die Verwirrung der Köpfe, die Unsicherheit jeglichen öffentlichen Verkehrs nun auch nach dem Westen zu tragen. Der Parismus, der stets mit seinem Halbstatuentum eine Gefahr für ganz Europa bildete, ist tot. Aber der Bolschewismus, das Halbstatuentum in vermehrter Auflage, lebt, lebt und rührt sich, eine wohlaußergerüstete Armee von über 1 Million Kriegern zu besitzen. Die neue russische Dampfwalze ist eine viel schlimmere Gefahr als die alte. Lesen wir, was die Kopenhagener „Finanzblätter“ ausführt:

Die Auflösung in Rußland ist viel tiefergehend als etwa die auf dem Balkan oder in Kleinasien. Nur in den Randstaaten war es bisher dank der berühmten eisernen Disziplin der Deutschen möglich, den roten Terror zu dämpfen. Diese haben somit Westeuropa vor physischen Übergriffen der Bolschewisten gerettet, so daß nur die geistigen Anstöße durchdringen konnten. Dadurch ist die deutsche Weltmacht als Ketter der Zivilisation aufgetreten. Selbst von den Bolschewisten in Rußland, die die deutsche Kultur am meisten hassen, ist das deutsche Heer willkommen geheißen worden.

Die Zeit nach dem Kriege birgt nun die größten Gefahren für die kleinen neutral gebliebenen Staaten. Wenn der deutsche Zementblock, der die Gefahr von Osten abdämmte, gesprengt wird, so wird dies Europas Untergang. So allgemein der Widerwillen gegen den deutschen Militarismus in der ganzen Welt auch ist, so wenig kann man ihm doch das Verdienst absprechen, den russischen Terror im Raume gehalten zu haben, so daß wir bisher von ihm verschont geblieben sind.

Kein Teil von Europa würde der Vernichtung so ausgefegt sein, wie Skandinavien, wenn die Bolschewisten die Macht längs der Ostsee und an der dänischen Südgrenze bekämen. Dann wäre der Augenblick gekommen, wo ein skandinavisches Verteidigungsbündnis zu einer nahegelegenden Möglichkeit, ja eher zu einer Notwendigkeit würde, wenn nicht, was vorzuziehen wäre, sämtliche Kriegsführer und neutralen Mächte sich einigten, um ein Hilfskorps nach Rußland zu senden, das dort wieder Ruhe und Frieden herstellt. Wäre es nicht ein Ausweg aus den Gegensätzen des Weltkriegs, wenn alle zivilisierten Nationen diese Aufgabe gemeinschaftlich zu lösen versuchten und das unglückliche Rußland befreiten?

Der Waffenstillstand unterzeichnet.

Amsterdam, 11. November. Das niederländische Telegraphenbureau „Radio“ hat einen drohenden Bericht aus Paris aufgenommen, daß der Waffenstillstand um 5 Uhr morgens französischer Zeit unterzeichnet wurde und um 11 Uhr französischer Zeit in Kraft tritt.

Folgt schied folgendes Radiotelegramm an die Oberkommandierenden: Die Feindteiligkeiten werden an der ganzen Front am 11. November um 11 Uhr vormittags französischer Zeit eingestellt. Die alliierten Truppen dürfen, bis ein neuer Befehl eintrifft, die an jenem Tage und jener Stunde erreichten Linien nicht überschreiten.

Wettervorhersage.

Weiß trüb, etwas wärmer, Niederschläge möglich.

Eingefandt.

(Ohne Verantwortlichkeit der Redaktion.)

Der Reichskanzler Eberth weist in seinem ersten Erlaß auf die Wichtigkeit der Sicherstellung der Volksernährung hin. Nahrungsmittelmangel bringe Plünderung und Raub usw. Niemand wird das bestreiten wollen. Auch unsere bisherige Regierung hatte das erkannt. Deshalb die Nationalisierung der Lebensmittel. Leider haben diejenigen, die in erster Linie berufen sind, an der möglichst lückenlosen Durchführung all dieser Bestimmungen mitzuarbeiten, zum Teil in gar manchem versagt, nämlich die Landwirte. Das zeigt sich jetzt wieder in der Kartoffelversorgung. Obwohl jedermann wußte, daß in unserem Bezirke die Kartoffelernte schlechter ist als im Vorjahre und daß es deshalb unbedingt notwendig sei, Kartoffeln nur gegen Landeskartoffelkarte zu liefern, damit wenigstens jeder etwas erhalten konnte, liegen doch heute die Verhältnisse so, daß mancher nicht nur sämtliche Landeskartoffelarten bellestert erhielt, sondern auch noch ein mehr oder weniger großes Quantum darüber hinaus, andere konnten nur einen Teil ihrer Kartoffelarten an den Mann bringen, und wieder andere haben nicht eine Kartoffel im Keller. Wer gute Verbindungen, viel Zeit und Geld hat, kam am besten weg, der Ärmste am schlechtesten. Welche Folgen das mit der Zeit haben kann, ja haben muß, ist klar; gute nicht. Deshalb, wer irgend noch Kartoffeln entbehren kann, gebe sie ab, und zwar sofort, aber nur auf Karten. Im eigenen Interesse liegt das. Man mude dem Volke nicht zu viel zu, spanne den Bogen nicht zu straff. Not kennt kein Gebot! Das Sprichwort könnte sich nur zu bitter bewahrheiten. Und dann ist es zu spät. Deshalb, wer irgend helfen kann, tue es noch in der Zeit. Das ist jetzt höchste Pflicht! Veritas.

Alte Dachziegel

sind zu verkaufen Brauerei Hennesdorf. Auch sind dabei zwei schöne Zuchthäfen, Deutsche Nielsen-Werden, zu verkaufen.

Ziegelei od. Sägewerk

zu kauf. ges. Erbteile Preis, Ang., Brandl., Rentabilität Größe. Angeb. u. P. O. 066 Invalidendank Dresden.

Kolonialwarengeschäft

ev. mit Nebenbranche zu kauf. ges. Angeb. u. P. P. 067 Invalidendank Dresden.

Fabrik

zu kauf. ges. Preis, Ang., Rentabilität, Brauereibetrieb. Angeb. u. P. S. 069 Invalidendank Dresden.

Bäckerei

zu kauf. ges. Preis, Ang., Brandl., Rentabilität, Angeb. u. P. U. 071 Invalidendank Dresden.

Ende Beteiligung

an rentablem Unternehmen. Höhe d. Einlage u. R. Angew. Angeb. u. P. K. 062 Invalidendank Dresden.

Ein junger, kräftiger Fleischergehilfe

sucht Stellung. Näheres zu erfahren bei Landwirt Max Eichhorn, Koltergasse.

Fleischerei

zu kaufen ges. Preis, Ang., Brandl., Hyp. Angeb. u. P. V. 072 Invalidendank Dresden.

Kaufe Schlacht- pferde zum Höchstpreise.

W. Lieber,

Rohschlächterei Dippoldiswalde, Freibergers Straße 237, Telephon 97.

Sin bereit, bei Kranken Pferden zu wachen.

Bei Notschlachten bin ich mit Transportwagen schnellstens zur Stelle.

Empfehle mich als Pferdescherer.

Feuerfeste und diebstohere Geldschränke

große, mittlere und kleine. Gr. Gehirntaschetten 250 M. Einzieh-Raschetten 150 M. Raschetten-Schränke 350 M. Mauerschranke 200 u. 300 M. Ratgeg.

Kauf bei Kauf Fabrik Arnold, Dresden, Wachsbleichstraße 26/28.

Ein wachsender **Hofhund** ist zu verkaufen. Hennesdorf 44 b.

Ein sehr gutes Pferd auf jeder Stelle gehend, ist zu verkaufen. Seifersdorf Nr. 30.

Gastwirtschaft - Cafe- Hotelpachtung

gekauft. Erbteile Verkauf über Rentabilität, Pachtsomme. Angeb. u. P. H. 060 Invalidendank Dresden.

Schlacht- pferde kauft zum Höchstpreis Herm. Scharfe. Tel. 80. Im Notfall sof. zur Stelle. Nachklingel vorhanden!

Dienstag 10 Uhr

Fleisch von 101-220. Rohschlächtereier Paul Lieber.

„Reichskrone“

Dienstag **Militärkonzert**

Vortrag

Montag den 11. November abends 8 Uhr Reichskrone fällt aus!

Mehr Eier erhalten Sie, wenn Sie Ihren Sädhern unter das Futler splitterfrei zermahlene Knochen beimengen. Die Universalmühle **Heureka** ist hierfür nachweisbar das Beste. Sie können alle und neue Knochen zermahlen. Höheres durch **Max Knauth, Bischofswerda i. Sa.** landwirtschaftliche Maschinenhalle. Telephon 168. Am Mühlteich 4.

Von Mittwoch den 13. d. M. ab stellen wieder einen Transport

Original Ostfriesisches Milchvieh

zu soliden Preisen jedoch nur gegen Abgabe einer Kaufbescheinigung bei mir zum Verkauf. Auf daselbe zahlt der Sachs. Viehhandelsverband den Landwirten Ankaufsbefehle.

Gainsberg G. Kästner Güterbahnhofstraße 2 Telephon Amt Deuben 296.

Am Sonntag morgen 8 Uhr nahm Gott meine mir über alles geliebte Gattin, gute Mutter ihres einzigen Töchterchen, meine einzige, liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Schwiegertochter, Frau

Johanne Günther

geb. Wustlich nach schweren Leiden zu sich. Dies zeigen tiefbetrubt an Dippoldiswalde.

Robert Günther, zurzeit im Heere, Anna Wustlich, als Mutter, Ruth Günther und sämtliche Hinterbliebene.

Beerdigung Donnerstag.